

Keine Personaldebatten zur Unzeit

Politik Das große NECKARQUELLE-Redaktionsgespräch mit Thorsten Frei, Unionsfraktions-Vize im Bundestag: Er hat das Gefühl, dass die designierte SPD-Führung die ganze Koalition nach links schieben möchte. Der Abgeordnete glaubt an die Zukunft der Volksparteien.

Als Jurist ist es Thorsten Frei besonders wichtig, sich an der Spitze der Bundestagsfraktion von CDU und CSU mit dem Bereich Recht zu beschäftigen. Im Redaktionsgespräch mit der NECKARQUELLE ging es aber nicht nur darum; der Wahlkreisabgeordnete nahm Stellung zu den wichtigen Themen der Bundes- und Landespolitik.

Wie fällt Ihre Bilanz nach einem Jahr als Fraktionsvize aus, Herr Frei?

Thorsten Frei: Wir haben eine ganze Reihe von Gesetzgebungsvorhaben durch den Bundestag gebracht. Teilweise auch nach längerer Vorarbeit.

Haben Sie Beispiele?

Frei: Die Reform der Strafprozessordnung. Hier konnten wir viele Punkte umsetzen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart hatten. Beispielsweise die Ausweitung der DNA-Analyse. Dass Angaben zu Hautfarbe, Augenfarbe oder das Alter des Spurenlagers für die Ermittler verwendbar werden. Das wird dazu führen, dass die Polizei Verbrechern schneller auf die Schliche kommt., weil sie den Täterkreis besser eingrenzen kann.

Was noch?

Frei: Wir haben den Wohnungseinbruchsdiebstahl zu einer Katalogstraftat gemacht. Das hat Auswirkungen auf die Telekommunikationsüberwachung. Das war etwas, wo Polizei und Staatsanwaltschaft bisher immer einen bandenmäßigen Diebstahl annehmen mussten, um diese Möglichkeit nutzen zu können. So konnten wir ganz praktische Politik für die Menschen machen, die ihnen mehr Sicherheit bietet.

In der vergangenen Woche haben wir darüber berichtet, dass Sie der Position des prominenten Jusos Kevin Kühnert entgegengetreten, der postuliert hat, es gebe ein globales Recht auf Migration.

Frei: Diese Forderung ist brandgefährlich für unsere gesellschaftliche Stabilität. Wir haben klare Regeln in Deutschland: Wir nehmen diejenigen auf, die verfolgt werden und vor Terror fliehen. Dafür stehen unser Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention. Nach einiger Zeit bedeutet dies nach dem Asylbewerberleistungsgesetz exakt die gleichen Leistungen, wie sie auch ein Deutscher bekommt. Das ist ein Versprechen, das man so nirgendwo in der Welt findet. Im Sommer haben wir jetzt ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz gemacht. Es wird zu Beginn nächsten Jahres in Kraft treten. Darin sagen wir, wie es klassische Einwanderungsländer auch machen, unter welchen Voraussetzungen man nach Deutschland kommen kann. Es geht um eine Migration in den Arbeitsmarkt. Und nicht ins Sozialsystem. Das muss ein Migrant nachweisen.

Wie kann ein Einwanderer diesen Nachweis bringen?

Frei: Akademiker können heute schon leicht einreisen. Mit der EU-Bluecard. Jetzt haben wir die Arbeitsmigration für nichtakademische Berufe deutlich verbessert. Wir wollen diejenigen, die mit einer Berufsausbildung hierher kommen. Das werden nur wenige sein, denn eine Berufsausbildung, wie wir sie kennen, gibt es noch in der Schweiz und in Österreich – und das sind nicht die klassischen Länder, aus denen bei uns eingewandert wird. Wer hier bei uns eine Ausbildung macht, hat auch alle Möglichkeiten zur Einwanderung. Wir haben ein großes Interesse daran, dass solche Menschen zu uns



Thorsten Frei ist gespannt, wie sich der Koalitionspartner SPD unter der designierten Spitze inhaltlich positionieren wird. *Fotos: Moritz Pahlow*

Der Politiker Thorsten Frei im Profil

Thorsten Frei (46), studierter Jurist, war Regierungsrat im Staatsministerium Baden-Württemberg, Persönlicher Referent des Staats- und Europaministers und 2004 bis 2013 Oberbürgermeister Donaueschingens. Bundestagsabgeordneter ist er seit Okto-

ber 2013. Bei der Bundestagswahl 2017 holte er mit dem zweitbesten Stimmenergebnis in Baden-Württemberg nach Wolfgang Schäuble erneut das Direktmandat. Ende 2018 wurde er einer der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfrakti-

on. In dieser Funktion ist er zuständig für Recht und Verbraucherschutz, Innen, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten. Zehn Jahre lang saß Frei im Kreistag. Dieses Mandat hat er aufgegeben, doch führt er seit

zwei Jahren die CDU im Kreis als Vorsitzender. Als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg hat er auch hier Einfluss. Außerdem ist Frei Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung. *rat*

kommen. Die werden allerdings nicht automatisch kommen, weil sie meist englischsprachige Länder bevorzugen.

Wenn SPD-Politiker wie Kühnert derart konträre Ansichten haben, wird's doch auf Dauer sicher schwierig mit der großen Koalition zwischen Union und SPD. Zumal die Sozialdemokraten mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans auch eine neue Parteispitze gewählt haben, die von der GroKo bekanntermaßen wenig hält.

Frei: Wir stehen vor einer spannenden Woche. Ich war ziemlich geplättet, als ich vom Wahlergebnis bei den Sozialdemokraten erfahren habe. Ich hatte das, ehrlich gesagt, anders erwartet...

Die SPD muss jetzt überlegen, wohin der Weg letztendlich gehen soll.

... aber eine Wette haben Sie deswegen nicht verloren?

Frei: Ich wette grundsätzlich nicht. Die SPD muss jetzt überlegen, wohin der Weg letztendlich gehen soll. Ich muss mir da nicht den Kopf der SPD zerbrechen. In einer Woche findet der Bundestag der SPD statt. Da werden die neuen Vorsitzenden gewählt. Für uns wird ganz entscheidend sein, wie sich die SPD inhaltlich positionieren wird.

Kann da was anbrennen?

Frei: Wir haben einen fein austarierten Koalitionsvertrag geschlossen mit 296 Einzelpositionen beider Parteien. In Koalitionen ist es eben ein Geben und Nehmen...

Verträge kann man ja auch kündigen...

Frei: Wir möchten dieses Land regieren. Vier Jahre Koalition sind ja eine lange Zeit. Man weiß ja nicht, was sich da auf der Strecke ergibt. Es gibt Dinge, die stehen nun mal in keinem Koalitionsvertrag drin. Die Eurokrise. Oder die Flüchtlingskrise. Man hat diese Probleme dennoch gelöst. Wenn man aber die designierten SPD-Vorsitzenden hört, dann hat man das Gefühl, dass sie nicht nur die SPD nach links verschieben wollen. Sondern die ganze Koalition. Das wird's mit Sicherheit nicht geben.

Die CDU ist da ja ganz anders aufgestellt... beim Bundesparteitag hat man ja gesehen, dass Annegret Krampp-Karrenbauer eindeutig vorausmarschiert. Oder?

Frei: (lacht) Wir sind inhaltlich ziemlich klar. Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass wir nicht zur Unzeit Personaldebatten führen möchten.

Sie finden doch den Herrn Merz gut!
Frei: Ich finde viele in unserer Partei gut...

... diese Aussage ist jetzt aber doch bisschen pauschal!

wir früher wählen müssten, dann würden wir uns eben früher, aber zu gegebener Zeit, mit der Frage einer Kanzlerkandidatur beschäftigen.

Bei der CDU hat es doch Tradition, dass der oder die Parteivorsitzende Anspruch auf die Kanzlerkandidatur hat ...

Frei: Wenn man jetzt von Erstzugriffrechten sprechen wollte, dann ist es sicherlich so, dass die Parteivorsitzende ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Deswegen kommt es ja auch ganz entscheidend auf den Zeitpunkt solcher Debatten an. Unter anderem auch, wie ein Kandidat oder eine Kandidatin beim Wahlvolk ankommt.

Das ist sicher ein entscheidender Punkt. Sie persönlich haben da ja auch Erfahrungen mit der letzten Landtagswahl gemacht ... wie ein Spitzenkandidat ankommt, ist nicht gesagt. Die Werte der Christdemokraten sind ja, das haben die letzten Wahlen gezeigt, im Sinken begriffen. Hat die CDU im Bund künftig denn noch realistische Chancen darauf zu regieren oder mitzuregieren?

Frei: Ich weiß nicht, ob unsere Werte im Sinken begriffen sind. Aber sie verharren auf niedrigem Niveau. Laut Umfragen im wesentlichen unterhalb der 30-Prozent-Marke. Das ist nicht befriedigend. Das sind Werte, die wir so nicht akzeptieren können. Wir müssen alles dafür tun, dass das wieder besser wird.

Leicht gesagt...

Frei: Man spürt schon, dass es Gefahren gibt. Nämlich dass zum einen die Fragmentierung in der Gesellschaft zunimmt. Und zum anderen die Bindekraft der Volksparteien nachlässt. Bei der SPD spürt man das schon ganz erheblich, wenn man ihre Wahlergebnisse anschaut.

Die dramatisch ausgefallen sind.

Frei: Ja, dramatisch! Ich sage das ganz ohne Hohn. Auch unsere Werte sind nicht mehr so, wie wir es gewohnt waren noch vor ein paar Jahren. Ich persönlich bin von der Zukunftsfähigkeit des Gedankens der Volksparteien allerdings überzeugt. Es wird auch in Zukunft wichtig sein, dass es in der Bundesrepublik nicht nur Parteien gibt, die nicht nur bestimmte Gruppen ansprechen, sondern die gesamte Bevölkerung. Wir müssen daher schauen, dass wir eine Politik machen, die die Gesellschaft zusammenhält.

Wobei die CDU in ihrer Politik seit geraumer Zeit wieder mehr die Durchsetzung des Rechtsstaats betont. Damit will man doch bewusst die konservativen Wähler zurückholen?

Frei: Ich glaube, dass Rechtsstaatlichkeit kein typisch konservati-

ves Thema ist. Klassische SPD-Wähler sehen das überwiegend wohl genauso. Ich bin immer dabei, wenn es darum geht, die Spielräume für Verbrecher einzuzengen. Man muss natürlich aufpassen, dass man dabei nicht Freiheitsrechte für ganz normale Bürger einschränkt. Thema Beweislastumkehr: Wenn man zum Beispiel erbt und mit dem Erbe einen SUV kauft, den man sich einkommensbedingt eigentlich nicht leisten kann. Und deshalb dem Staat offen legen müsste, woher das Geld kommt.

Wenn wir gerade von SUVs sprechen, sind wir auch schon beim Klimaschutz. Die Regierung hat ja in Windeseile ein Klimapaket geschnürt. Ziemlich überhastet, wie man meinen könnte. Hat die Politik hier nicht ohne Not einer Minderheit Tribut gezollt? Bahnfahren, was ohnehin schon teuer ist, wird etwas billiger. Dafür verteuern sich Heizöl, Erdgas und Benzin. Der Steuerbürger zahlt's ja. Ist das nicht symptomatisch für eine reaktive Regierungspolitik?

„ Aus meiner Sicht war das Klimapaket nicht überhastet.

Frei: Das Klimapaket wird von zwei Seiten angegriffen. Für den einen geht es nicht weit genug. Für den anderen geht's zu weit. Aus meiner Sicht war es nicht überhastet. Wir haben uns den ganzen Sommer über Zeit genommen für umfassende Debatten, um das Klimapaket zunächst für uns als Union und dann, um zusammen mit der SPD daraus Regierungspolitik zu machen. Ich halte das, was man hier beschlossen hat, auch grundsätzlich für richtig. Wir hatten auch als Union als Ziel formuliert, bis 2030 des CO₂-Ausstoß deutlich zu reduzieren. Mit diesem Klimapaket haben wir den Weg dorthin beschrieben. Wir können damit die selbst gesteckten Klimaziele erfüllen.

Kritiker glauben, dass eben das nicht geht ...

Frei: Wir werden dafür kritisiert, dass wir keine CO₂-Steuer eingeführt, sondern den Zertifikatehandel ausgeweitet haben. Das ist aber richtig, weil wir damit auch international anschlussfähig sind. Das wären wir mit einer Steuer nicht gewesen. Aber wenn wir etwas für's Weltklima tun wollen, dann müssen wir in Deutschland unsere Hausaufgaben machen und idealerweise auch Vorbild für andere werden. Denn mit unserem Beitrag alleine wird man die Welt nicht retten können. ➔



Wurde das Klimapaket überhastet abgeschlossen? Nein, versichert Thorsten Frei NECKARQUELLE-Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein (rechts).

Mit der Ausführung Ihres Klimapakets waren auch nicht alle zufrieden.
Frei: Man hat sich teilweise darüber beklagt, dass die Bepreisung des CO2 zu niedrig sei. Und teilweise darüber lustig gemacht. Kurzfristige deutliche Preissteigerungen würden aber auch die Menschen mit kleinem Einkommen treffen...

Die trifft's ja jetzt auch schon!
Frei: Ja. Aber sie hätten keine Chance gehabt, darauf zu reagieren. Deshalb sind wir absichtlich mit niedrigen Preisen eingestiegen. Ich gebe Ihnen die Garantie, dass jede andersfarbige Regierung hier anders gehandelt hätte. Wir haben bei der Umsetzung dieses Klimapakets auch die Wissenschaft zu Rate gezogen. Und nicht aus dem Auge verloren, dass es in der Politik auch darum geht, die Gesellschaft zusammen zu halten. Unser Klimapakets ist vernünftige Politik, vernünftig heruntergebrochen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung.

„ Elektromobilität ist nicht per se gut. Verbrennungsmotoren sind nicht per se schlecht.

Klimapolitik und Wirtschaftspolitik beißen sich allerdings. Schauen wir auf unser Autoland Baden-Württemberg. Elektromobilität wird politisch forciert. Das ist bei uns, auch in der Region, für wirtschaftliche Infrastrukturen durchaus bestandsgefährdend. Da ist es doch beunruhigend, wenn Experten sagen, der Elektroantrieb sei allenfalls eine Übergangstechnologie...



Thorsten Frei im Gespräch mit den NECKARQUELLE-Redakteuren Cornelia Hellweg, Dr. Ralf Trautwein und Berthold Merkle: Investitionen in Bildung sieht der CDU-Politiker als wichtigste Investition in die Zukunft an.

China beispielsweise hat entschieden, bis 2030 ausschließlich Elektromobile zuzulassen. Die großen deutschen Autobauer verkaufen hier 30 bis 40 Prozent ihrer Fahrzeuge. Klar, dass diese Unternehmen darauf reagieren müssen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Wirtschaftspolitik gilt seit jeher als Kernkompetenz der CDU...
Frei: Vielen Dank!

So sagt man doch? Hier gibt es schließlich über die Autoindustrie hinaus vielfältigen Handlungsbedarf:

steht auch in dem kommunalen Haushalten, wie auch hier in Villingen-Schwenningen, Geld für Investitionen zur Verfügung wie nie zuvor. Aber in Zukunft gibt es Herausforderungen.

Welche?
Frei: Wir müssen etwa schauen, dass wir bei der Vereinbarung von Familie und Beruf besser werden. Wir müssen lebenslange Qualifizierungsmaßnahmen veranlassen und sind auf Migration angewiesen. Darüber hinaus müssen wir auf den Ausbau von Infrastruktur setzen. Wir müssen

unter anderem an den Eingangsvoraussetzungen für die wirtschaftsrelevanten technischen Studiendisziplinen. Viele angehende Studenten brauchen heute erst mal Stützkurse, um überhaupt studienfähig zu werden. Warum setzen wir nicht schon hier an?

Frei: In der Regierungszeit von Grün-Rot gab es sehr viel mehr verunglückte Maßnahmen als diese. Ich habe ganz maßgeblich am Landtagswahlprogramm 2016 mitgeschrieben, wo wir ein Wahlrecht für die Schulen und die Schulträger integriert haben - ob das Gymnasium G 8 oder G 9 werden will. Das hätte ich für vernünftig gehalten. Denn die Kommunen hätten sich an den Bedürfnissen von Eltern und Wirtschaft ausgerichtet. Überall, wo es diese Option gibt, entscheiden sich die Menschen überwiegend für das G 9.

Das heißt, kurz gesagt: Das G 8 gehört wieder abgeschafft!

Frei: Na ja, man hat es eingeführt, weil die deutschen Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich zu als sind. Prinzipiell ist es richtig, dass man schaut, dass sie im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig sind. Doch im Zweifel werden die Kinder ein Jahr früher eingeschult, es fehlt ein Schuljahr und ein anschließender Wehr- oder Ersatzdienst ist abgeschafft. Studienanfänger sind im Zweifel drei Jahre jünger. Man muss schon schauen, dass man den Bedürfnissen gerecht wird. Wahlfreiheit wäre da optimal.

In der Union ist ein allgemeiner Gesellschaftsdienst ja momentan ein großes Thema...

Frei: Ja, das Deutschlandjahr. Man wird es nicht einführen können ohne Grundgesetzänderung. Dennoch ist es richtig darüber zu diskutieren. Ich würde das gerne auch verpflichtend einführen. Denn für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass die Menschen erkennen, dass es stets ein Geben und Nehmen ist. Dass es nicht reicht, wenn man einfach nur seine Steuern zahlt. Alle, die sich ehrenamtlich engagieren, investieren ihre Zeit. Junge Leute können das auch.

Sie haben ja Wehrdienst geleistet damals.

Frei: Ja. Ich bin nicht gefragt worden, was ich machen möchte. Ich habe den Einberufungsbescheid bekommen. Ich hätte mit Sicherheit nicht gedient, wenn ich das nicht hätte machen müssen. Im Nachhinein betrachtet war das allerdings eine gute persönliche Erfahrung.

Haben Sie es wenigstens zum Obergefreiten gebracht?

Frei: (lacht) Sogar zum Hauptgefreiten! Der Obergefreite wurde damals übersprungen.

Da hatten Sie richtig was zu sagen...

Frei: (lacht) Das war nur ein Mannschaftsdienstgrad. Aber es

ist gar nicht so schlecht, wenn man lernt, dass man machen muss, was andere einem sagen. Sonst würde das Ganze ja nicht funktionieren. Als lehrreich empfand ich aber auch, dass man ein Jahr lang mit dem gesamten Querschnitt seines Jahrgangs zusammen gekommen ist.

Kommen wir von der Jugend zum Alter. Die CDU war zu den Rentnern schon immer sehr großzügig... wenn wir auf die 2030er-Jahre blicken, wenn die Babyboomer in Rente gehen werden, sind einige Annahmen unvermeidbar: Das Rentenniveau wird sinken und die Lebensarbeitszeit steigen müssen.

Frei: Das ist ein Thema von entscheidender Bedeutung. Eine Volkspartei, die ernst genommen werden will, muss hier überzeugende Rezepte haben. Sie haben die Problematik treffend beschrieben, mit der wir es zu tun haben: Uns stehen maßgebliche demografiebedingte Veränderungen ins Haus. Schon heute ist die Rentenbezugsdauer im Durchschnitt doppelt so hoch wie noch in den 1960er-Jahren. Und es werden heute nur halb so viele Kinder geboren. Dass das schwere Konsequenzen hat, ist unbestritten. Das hat nicht mal was mit Politik zu tun...

Wohl aber die Frage, wie man dann das verteilen wird, was noch bleibt.

Frei: Genau. Wir haben Stellschrauben bei der Rente: den Rentenbeitrag, die Rentenhöhe und die Lebensarbeitszeit und den Steuerzuschuss. Er beträgt schon 100 Milliarden derzeit, und man kann ihn nicht beliebig erhöhen. Die Rentenhöhe kann nicht einfach so gekürzt werden, weil sie die Lebensleistung widerspiegeln soll. Wenn die Lebenserwartung steigt, muss auch die Lebensarbeitszeit steigen. Auch wenn man sich damit keine Freunde macht. Man muss das ganze Erwerbsleben umgestalten, dass man auch länger arbeiten kann.

Dann müssen wir bei Ihnen bis 80 schaffen?

Frei: Wir alle, wie wir hier sitzen, haben Berufe, in denen man länger arbeiten kann als beispielsweise ein Maurer.

Das könnten wir vielleicht. Aber das wollen wir nicht. Das wäre nicht gerecht. Man kann ja nicht nach Berufen differenzieren frei nach dem Motto: Wer kann, der muss.

Frei: Im Kern geht es darum, ein Modell zu entwickeln, ein Modell zu entwickeln, das den Menschen gerecht wird und für Gesellschaft und Staat leistbar ist. Und das gegenüber zukünftigen Generationen gerecht wird. Wir sollten dabei nicht der Versuchung erliegen, einfache Wahrheiten zu suchen. Da muss man auch mal was sagen, was die Leute vielleicht nicht so gerne hören.

„ Für die Länder wird die Altersversorgung ihrer Beamten ein Problem werden.

Es wird auch nicht mehr so weiter gehen können, dass die Beamten hierzulande als Einzahler in die Sozialsysteme außen vor bleiben. Die Rückstellungen für ihre Pensionen sind heute schon immens. Wenn Sie von Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen sprechen, ist das das Thema.

Frei: In den Kommunen wurde die Zahl der Beamten markant reduziert. In der Jugend sind Beamten günstiger, im Alter zahlt sich ihr Status für sie aus.

Und das ist doch gerade das Problem.

Frei: Das stimmt. Für den Bund und die Kommunen wird die Altersversorgung ihrer Beamten leistbar sein; sie haben Rücklagen gebildet. Für die Länder wird es in der Tat ein großes Problem werden. Schon heute sind mehr als 50 Prozent der Ausgaben direkte oder indirekte Personalausgaben. Vor allem für Lehrer und Polizisten. Denn das sind die zwei größten Beamtengruppen im Landesdienst.



Für Thorsten Frei hat die Dieseltechnologie, die Baden-Württemberg wirtschaftlich stark macht, durchaus Zukunft, wie er im Gespräch mit Berthold Merkle (rechts) deutlich machte.

Frei: Zwei Dinge sind für mich wichtig. Erstens: Elektromobilität ist nicht per se gut. Zweitens: Verbrennungsmotoren sind nicht per se schlecht. Im Gegenteil. Wenn ich schaue, wie sich Dieselmotoren in Bezug auf den CO2-Ausstoß verhalten, dann ist das eine absolut positive Entwicklung. Die Dieseltechnologie ist längst nicht am Ende. Wir bauen hier in Baden-Württemberg den besten Diesel der Welt. Er wird weiter eine Zukunft haben. Zumal ich glaube, dass es nicht richtig ist, sich allein auf die E-Technologie zu begrenzen. Wir sollten technologieoffener unterwegs sein. Für den ökologischen Fußabdruck eines Elektroautos ist zunächst mal entscheidend, wo der Strom herkommt.

Und dann sind da noch die Batterien.
Frei: Ja, und die Frage, wo und wie sie hergestellt und entsorgt wird. Man muss das Elektrofahrzeug 150 000 Kilometer fahren, damit es einen besseren ökologischen Fußabdruck aufweist als ein modernes Dieselfahrzeug.

Dann ist unsere Politik doch eigentlich völlig blödsinnig...
Frei: Man muss die Fakten sehen.

Die Wirtschaft unterliegt derzeit einem großen Strukturwandel. Stichwort: Industrie 4.0. Der Exportweltmeister Deutschland befindet sich in einem globalen Konversionsprozess. Und ausländische Investoren kaufen emsig deutsche Schlüsseltechnologien auf. Parallel dazu haben wir ein massives Demografieproblem, das die Innovationskraft unserer Unternehmen bedroht. Wie beurteilen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung in der Zukunft?

„ Wir müssen auf den Ausbau von Infrastruktur setzen.

Frei: Wir haben zehn Jahre konjunkturellen Aufschwung hinter uns. Wir haben eine ganz, ganz starke Phase erlebt. Wenn man die Gesellschaft im Ganzen nimmt, dann geht es uns so gut wie noch nie zuvor. Wir haben die höchsten Lohn- und Rentensteigerungen. Und die niedrigste Arbeitslosigkeit. Unternehmen und Bürger zahlen Rekordsteuern. Das muss man in aller Ehrlichkeit so formulieren. Deshalb können wir für das nächste Jahr zum siebten Mal in Folge einen Haushalt ohne Schulden aufstellen. Es

alles fördern, was mit Bildung, Forschung und Innovation zu tun hat. Bildungspolitik ist ein ganz wesentlicher Punkt für unsere Wirtschaftszukunft. Wir geben drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für diesen Bereich aus. Das ist in der Welt ein Spitzenwert. Unsere Zielsetzung besteht darin, diesen Wert auf 3,5 Prozent zu erhöhen. Dann gibt es nur noch wenige Länder, die auf diesem Niveau spielen. Das wird entscheidend sein, dass wir künftig technologisch an der Spitze bleiben und die Wertschöpfung hier in Deutschland stattfindet. Gerade für unsere Region ist entscheidend, dass nicht nur klassische Universitäten gefördert werden. Wir müssen unser Augenmerk vor allem auf den Wissenstransfer in die Wirtschaft legen. Da ist zum Beispiel die Hahn-Schickard-Gesellschaft hier in Villingen-Schwenningen. Und die Hochschule Furtwangen.

Bildungspolitik fängt schon in der Schule an. Nun wurde das G 8 durchgepeitscht, wobei Ihre CDU auch nicht ganz unbeteiligt war... im Nachhinein darf man sagen, dass wir unser Bildungssystem damit verschlimmbessert haben. Das zeigt sich



Thorsten Frei mit Redakteurin Cornelia Hellweg: Die Lebensarbeitszeit wird steigen müssen.